

## Perfekte Vorlage für Putin

VON HOLGER MÖHLE

Das Böse hat einen Namen: Wladimir Putin. Einen Tag vor der geplanten Rede des Kremldiktators zur Lage der Nation an diesem Donnerstag bitten Separatisten in der russisch besetzten Region Transnistrien auf dem Gebiet der Republik Moldau um den „Schutz“ von Moskau vor dem kleinen Moldau. Wie bitte? Der Aufruf zur militärischen Intervention kommt wie bestellt. Als ob es die Regierung in Chisinau mit ihrer Armee von rund 5000 Soldaten tatsächlich wagen würde, sich mit dem übermächtigen Russland anzulegen. Niemals! Die heutige Republik Moldau, ehemalige Sowjetrepublik, will Frieden, sie drängt in die EU und (am liebsten) auch in die Nato – genauso wie die Ukraine.

Nun droht eine Ausweitung des Ukraine-Krieges auch auf das kleine Moldau. Die Separatisten liefern Putin mit ihrem inszenierten Hilferuf die perfekte Vorlage für ein militärisches Eingreifen. Der Geheimdienstler, der der Kremldiktator immer geblieben ist, zieht die nächste Karte in seinem perfiden Spiel um die Macht im Land, in der Region und auch in Europa. Putins Art von russischem Roulette.

Vorwand gesucht, Vorwand gefunden. Er will die Region in Brand setzen, was ihm im Falle von Transnistrien mit einer direkten Grenze zur Ukraine leichtfallen würde. 2000 russische Soldaten hat er bisher in Transnistrien stationiert. Wenn er sie verstärkt, kann er von dort erstmals auch in Richtung der ukrainischen Schwarzmeer-Metropole Odessa vorrücken, von der der ehemalige Präsident und Putin-Vertraute Dmitri Medwedew unlängst gesagt hat, Odessa gehöre wie Kiew zum russischen Kernland. Nur was kommt nach der Ukraine? Erst Moldau, dann Georgien und danach einer der baltischen Staaten? Nichts ist mehr sicher vor Putin. Der Machthaber plant den nächsten Streich. Wenn er kann, fällt er nach der Ukraine bald auch in Moldau ein.

## Unipers Schicksal liegt in der Hand des Staates

VON ANTJE HÖNING

Im Schicksal von Uniper spiegelt sich das ganze Drama der deutschen Energiepolitik. Als die deutsche Wirtschaft davon lebte, mit billigem Gas aus Russland zu heizen und zu produzieren, war der aus Ruhrgas hervorgegangene Konzern der Dealer, der den Stoff über langfristige Lieferverträge mit Gazprom beschaffte. Dann kam der russische Angriff auf die Ukraine, die Drosselung der Gaslieferung durch Putin und die bis heute nicht aufgeklärte Sprengung der Nord-Stream-Pipelines. Uniper musste 2022 als größter deutscher Gasversorger mit Milliarden Steuergeld vor dem Untergang gerettet werden. Überraschend schnell haben sich die Düsseldorfer wieder berappelt und erfreuen den Staat nun mit einem Milliarden Gewinn. Das liegt an den hohen Preisen, es liegt aber auch am geschickten Management um den bedächtigen Chef Michael Lewis.

Doch auch jetzt steht Uniper wieder im Zentrum der deutschen Energiepolitik: Wenn es mit dem Kohleausstieg 2030 überhaupt noch was werden soll, müssen schnell 50 Gaskraftwerke neu oder umgebaut werden. Uniper würde da gerne mitmachen – wartet aber wie andere Versorger verzweifelt auf Details der Kraftwerksstrategie. Die Skizze, die Wirtschaftsminister Habeck unlängst vorlegte, ist viel zu grob, als dass Unternehmen auf dieser Basis milliardenschwere Investitionsentscheidungen treffen können. Denn zur Krux der deutschen Energiewende gehört, dass diese Gaskraftwerke nur ausnahmsweise einspringen sollen und daher am Markt allein nicht genug Geld verdienen können. Bis 2028 muss der Staat laut EU wieder bei Uniper aussteigen – und das gerne ohne Verlust. Ob das gelingt und ob Deutschland nach 2030 wirklich ohne Kohlestrom auskommt, hat Habeck in der Hand. Er muss schnell die Spielregeln und Mittel für die Gaskraftwerke liefern. Das Schicksal von Uniper liegt in Staatshand – wieder einmal.



KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

**ANALYSE** An diesem Freitag wird im Iran ein neues Parlament gewählt. Selbst staatliche Umfragen sagen eine historisch niedrige Beteiligung voraus. Die Boykott-Bewegung könnte die Legitimation der Islamischen Republik infrage stellen.

## Denkzettel für die Mullahs

VON THOMAS SEIBERT, ISTANBUL

Frauen ohne Kopftuch werden im Iran normalerweise verfolgt und bestraft. Doch vor den Parlamentswahlen an diesem Freitag werden sie plötzlich umworben. Frauen mit offenem Haar seien als Wählerinnen willkommen, sagt Hadi Tahan Nazif, Sprecher des ultra-konservativen Wächterrates. Aus seiner Einladung spricht die Furcht des Regimes vor einer Erniedrigung bei den Wahlen vom 1. März: Selbst staatliche Umfragen sagen eine historisch niedrige Wahlbeteiligung voraus. Die Boykott-Bewegung könnte die Legitimation der Islamischen Republik infrage stellen.

Rund 60 Millionen Iraner und Iranerinnen sind aufgerufen, die 290 Sitze ihres Parlaments und den sogenannten Expertenrat mit seinen 88 Mitgliedern neu zu bestimmen. Die Wahlen sind die ersten seit dem landesweiten Protesten gegen das Regime, die sich am Tod der 22-jährigen Mahsa Amini in der Gewalt der Religionspolizei im September 2022 entzündet hatten und von Polizei und Milizen niedergeschlagen wurden. Die Weigerung des Regimes, politische Veränderungen zuzulassen, treibe viele Menschen in den Boykott, sagt der türkische Iran-Experte Arif Keskin, dessen Analysen in Publikationen türkischer Denkfabriken erscheinen. „Die Leute wissen sehr genau, dass die Wahlen nichts an ihrem Schicksal ändern werden“, sagte der im Iran geborene Keskin unserer Redaktion.

Zur politischen Unzufriedenheit und zu den restriktiven sozialen Vorschriften wie der Kopftuchpflicht für Frauen kommen Probleme wie Inflation, Währungsverfall und Umweltzerstörung. Das Regime hat die meisten Reformpolitiker von den Wahlen ausgeschlossen, deshalb stehen fast nur Hardliner zur Wahl. In der Vergangenheit seien

Wahlen im Iran zwar nie frei und fair gewesen, aber immerhin habe es eine echte Konkurrenz gegeben, sagt Arash Azizi, Iran-Experte an der Clemons-Universität in den USA. Heute gebe es nicht einmal das. Führende Reformer rufen zum Boykott auf, einige – wie Friedensnobelpreisträgerin Narges Mohammadi – tun das aus dem Gefängnis heraus.

Die Beteiligung am Freitag dürfte deshalb auf einen neuen historischen Tiefstand fallen. Bei der jüngsten Parlamentswahl vor vier Jahren gingen 42,6 Prozent zur Urne – das war schon damals der schlechteste Wert seit der Revolution von 1979. In einer Umfrage des staatsnahen Instituts Ipsa im Dezember sagten knapp 28 Prozent, sie wollten zur Wahl gehen. Seitdem veröffentlicht Ipsa keine Zahlen mehr. Eine aktuelle Umfrage eines niederländischen Instituts unter 58.000 Internetnut-

zern im Iran ergab, dass fast jeder Zweite, der bei der jüngsten Wahl noch zur Urne ging, dieses Mal zu Hause bleiben will. Die Beteiligung am Freitag könnte laut der Umfrage auf 15 Prozent sinken. Laut der Zeitung „Vatan Emrooz“ weiß jeder zweite Wähler überhaupt nicht, dass am Freitag gewählt wird.

Warum das so ist, weiß das Regime aus internen Untersuchungen. Eine dieser Studien, die dem persischen Dienst der britischen BBC zugespielt wurde, zeigt die tiefe Kluft zwischen der Mullah-Regierung und dem Volk. Mehr als 70 Prozent der Iraner wünschen sich demnach eine Trennung von Politik und Religion und lehnen damit die Herrschaft der Geistlichkeit ab, ein Grundprinzip der Islamischen Republik. Die Macht des Regimes ist dadurch nicht in unmittelbarer Gefahr, denn es kann sich auf die Revolutionsgarde, die Polizei und regierungstreue Milizionäre verlassen. Ein Problem ist die Desillusionierung der Iraner für Revolutionsführer

### INFO

#### Expertenrat bestimmt den mächtigsten Mann im Land

**Expertenrat** Auch wenn er nur selten in Erscheinung tritt, ist der Expertenrat eines der mächtigsten Gremien der Islamischen Republik Iran. Die 88 Mitglieder des Rates, die an diesem Freitag zusammen mit dem Parlament neu gewählt werden, entscheiden die wichtigste Frage im Staat: wer Revolutionsführer auf Lebenszeit und damit der mächtigste Mann im Land wird.

**Nachfolger** Weil Amtsinhaber Ali Khamenei bald 85 Jahre alt wird, könnte sich die Nachfolgefrage in der neuen achtjährigen Amtsperiode des Rates bis 2032 stellen. Potenzielle Kandidaten für Khameneis Posten laufen sich schon warm.

**Macht** Als Klerikerversammlung besteht der Expertenrat aus ausgewiesenen Experten für islamisches Recht. Der Rat kann den Revolutionsführer nicht nur wählen, sondern notfalls auch absetzen. Letzteres ist allerdings nur eine theoretische Möglichkeit: Khamenei, der 1989 vom damaligen Expertenrat gewählt wurde, sorgt seit 35 Jahren an der Macht stets dafür, dass der Rat von loyalen Gefolgsleuten beherrscht wird. Er tut das über ein anderes Gremium, den sogenannten Wächterrat.



Ali Khamenei ist seit 1989 geistlicher Führer des Iran. FOTO: IMAGO

Ali Khamenei und Präsident Ebrahim Raisi aber trotzdem. Ihr Staat brüstete sich über Jahrzehnte, die damals hohen Wahlbeteiligungen von zeitweise mehr als 80 Prozent seien ein Beweis für die Zustimmung des Volkes zur Islamischen Republik, die 1979 als Antwort auf die Diktatur des Schahs errichtet wurde. Das Regime hatte gehofft, die Wahl am Freitag könnte einen Schlusstrich unter die Protestwelle der vergangenen Jahre ziehen und Regierung. Eine hohe Beteiligung wäre aus Sicht des Regimes ein Signal an die USA, Israel und andere Gegner, denn mit ihr könnte die Islamische Republik demonstrieren, dass das Volk hinter ihr steht.

Eine niedrige Wahlbeteiligung würde diese Hoffnungen zunichtemachen – und zwar zu einer Zeit, in der sich die Führung des Landes auf die Nachfolge des fast 85-jährigen Khamenei vorbereitet. Die Mitglieder des Expertenrats, die am Freitag gewählt werden, dürften in ihren acht Amtsjahren bis 2032 einen neuen Revolutionsführer wählen. Als Khamenei vor Kurzem alle Iraner aufrief, zur Wahl zu gehen, ließ er erkennen, wie wichtig das Thema für ihn ist: Wahlen seien die wichtigste Säule der Islamischen Republik, sagte er. Andere Regimevertreter versuchen, die Iraner mit den Argumenten zu motivieren, die Stimmabgabe sei eine religiöse Pflicht, während ein Wahl-Boykott nur den Feinden des Landes wie den USA nützen würde.

Die Opposition befürchtet, dass die Führung es nicht bei Appellen belässt. Die Regierung wolle am Freitag mehrfache Stimmabgaben ihrer Anhänger zulassen und so eine hohe Beteiligung vortäuschen, berichtete der regimiekritische Exilsender Iran International. Solche Tricks würden dem Regime nicht helfen, meint Iran-Experte Keskin. Er hat beobachtet, dass manche Wähler nicht die Wahl, sondern im Gegenteil den Boykott als Pflicht betrachten: „Sie sehen die Zeit gekommen, dem Regime mit dem Wahl-Boykott einen Denkzettel zu verpassen.“

### RHEINISCHE LÖSUNG

Ein Rheinländer lässt sich nichts befahlen. Da braucht es schon das liebe Wörtchen „bitte“ und eine möglichst wortreiche Begründung, um Wünsche oder gar Anordnungen erfolversprechend zu vermitteln: Sidd so joot on doht dat! Was nicht plausibel erscheint, wird ignoriert. Das gilt im häuslichen Umfeld („kannst du bitte den Müll...“) wie am Arbeitsplatz („da wäre ich dankbar...“) oder im Verein („du kannst das so gut!“). Anzuwenden ist allerorten die rheinische Wunsch-dir-was-Strategie: Övv der Jeck, dann löpp he. Nur loben und bitten hilft, um hierzulande Menschen in Bewegung zu setzen.

Psychologen und Personaler sprechen heutzutage gern von Wertschätzung. Die rheinische Seele gründet

## Demut, bitte schön!

Rheinländer lassen sich nicht gängeln. Was hilft, um sie zu etwas zu bewegen.



HORST THOREN

schon immer auf Anerkennung und Achtsamkeit. Das mussten schon früh die polternden Preußen erfahren, deren Beamte und Militärs allzu gern die Pflicht betonten. Die rheinische Kür aber besteht darin, alles nett zu verpacken und selbst dem Empfänger der unangenehmen Weisung zu vermitteln, dass letztlich irgendwie doch sein Wille entscheidend ist. Das heißt: dröm anjonn (darum bitten). Denn die Selbstachtung wird hoch angesetzt. Niemand, der was auf sich hält, will sich „setzen“ lassen. Zwang führt im Rheinland zu latentem Ungehorsam. Nicht immer offen ausgetragen, wohl aber konsequent umgesetzt: Da wird, wie einst bei den Preußen, formal abgenickt, aber ganz anders gehandelt. Die „Blamahsch“ liegt dann bei der Autoritätsperson, die dann nur

noch jammern kann: „Die machen einfach nicht, was ich sage.“ Als bestes Beispiel kann da immer wieder der Kölner Kardinal Woelki dienen, der zwar in der Domstadt geboren wurde, aber kaum versteht, was sich bei seinen Schäfchen tut. So will sich der Erzbischof partout nicht bei dem Pfarrer entschuldigen, den er wegen der Segnung homosexueller Paare gegängelt hatte. Mittlerweile revoltieren manche sogar gegen den gestrengen Kardinal, der auch in der Bischofskonferenz alles andere als rheinisch agiert. Ihm fehlt, was Führungspersönlichkeiten im Rheinland stark macht: Demut. Bitte schön.

..... Unser Autor ist stellvertretender Chefredakteur. Er wechselt sich hier mit Politikredakteurin Dorothee Krings ab.